

# Neue Zürcher Zeitung

<b>Abonnemente:</b>	1 Monat	3 Mtt.	6 Mtt.	12 Mtt.
<b>Zürich am Schalter oder bei Abgaben</b>	Fr. 2.50	6.00	12.50	25.-
<b>Durch Aufträge ins Haus gebracht</b>	3.50	9.-	16.50	32.-
<b>Schweiz Bestellung beim Postamt</b>	3.50	9.-	16.50	32.-
<b>Vierung unter Streifenband</b>	4.50	12.-	22.50	44.-
<b>Ausland unter Streifenband: 3 Sp.-Porto</b>	6.50	18.-	34.50	66.-
<b>unter Streifenband: 4 Sp.-Porto</b>	10.-	27.-	50.-	88.-

Preis im postamtlichen Abonnement: Ankauf an den Post-Zeitungsverkäufern

**und schweizerisches Handelsblatt**  
**Täglich 3 Ausgaben**  
 Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1  
 Administration: Theaterstrasse 1, Drucker: Goebbelstrasse 10  
 Telefon 27.100, Hauptpostfach, Postfachkonto VIII 645

**Annoncen:** Letztmalige Komposition 8 Spalten  
 Annoncen für lokale Geschäftsverhältnisse 50 Sp.  
 Letztmalige für Auswärtige auswärtigen Ursprungs 60 Sp.  
 Letztmalige für Auswärtige auswärtigen Ursprungs 75 Sp.  
 Letztmalige-Beilen, Breite der Zeitungen 2.50 Fr.  
 Abdruck- und Werbungsabgabe nach Tarif  
**Annoncen-Verwaltung:** Theaterstrasse 1 und Stabsstrasse 70  
 Adresse: Postfach Tramstrasse Zürich, Postfach VIII 1264

## Einstellung der Zerstörungsaktion gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland

### Erklärungen Dr. Goebbels' an die ausländische Presse

**Abschermittwochstimmung . . .**

**Berlin, 11. Nov. (Tel. unferes O-korr.)** Am Donnerstagsabend ist das Zerstörungswerk in allen Städten Deutschlands genau so, wie es wünschlich eingestuft hatte und planmäßig durchgeführt worden war, auf der ganzen Linie eingestellt worden. Berlin hat den heutigen Tag in der Abschermittwochstimmung zugebracht. Die jüdischen Läden sind ausgeräumt und verbrannt. Soweit die gestohlenen Wäpfer sich zurückwagten, erhielten sie von der Polizei unter Aufsicht der Besatzung die Scherben zusammenzufassen. Ob die Verhinderungen für das zerbombte Glas auskommen, ist für die Juden ohne jedes Interesse, da sie ohnehin ruiniert sind und an eine Wiedereröffnung der Geschäfte gar nicht zu denken ist. Die Kosten für die Schauerwerke machen nur einen geringen Bruchteil des Schadens aus, der durch die gründliche Vernichtung des Inventars und der Vorratslager entstanden ist. Der Gesamtschaden an Läden ist noch nicht annähernd überblickbar; aber man hört schon, daß einig in Berlin Werte, die sich auf Tausende von Millionen Mark belaufen, der Zerstörungswelle zum Opfer gefallen sind. Die Proletarisierung des deutschen Judentums, das mit Einschluß von Ostpreußen noch immer weit über 600 000 Menschen umfaßt, hat einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen. Von den zahlreichsten Juden, die gestern in Berlin verhaftet wurden, sind erst wenige wieder in Freiheit gesetzt.

Am schlußten haben die Erzfesse vom Donnerstag im Berliner Konfektionsviertel um den Hausvogteiplatz gewirkt, wo der Hauptstamm erst nach dem fünfzehntägigen Beschäftigungsstopp einsteigte. Die Gebäude an der Charlotten-, Kronen- und Markgrafstrasse, wo der Großhandel seine Bureau und seine Läden und Warenlager unterhält, sind inwendig bis zum vierten und fünften Stockwerk hinauf zerstört. Sogar die Warenvermittlung an den Wänden sind mit Spinnweben zertrümmert worden, ebenso die Aufzugsmaschinen, von denen jede 7000 bis 8000 Mark kostet. Die Aufzugsmaschinen und die Aufkletterungen, die zu den Möbeln, Geschäftsbüchern und Akten zu den Fenstern hinausgeworfen. Ein französischer Journalist wäre von einer herabfallenden Schreibmaschine fast erdrückt worden. Auf den gefährdeten Straßen legte eine panikartige Flucht ein, und der Automobilverkehr geriet ins Stocken. Der Nachtfall auf den deutschen Export zurück, der an der Textilbranche mit ihren zahlreichen internationalen Verbindungen besonders interessiert war.

Ein Wiederanfang der ausgebrannten Synagogen kommt nicht in Frage. Der Angriffsfähigkeit bereits an, daß die Städte von den Synagogen Besitz ergeigen werden, um Platz für Neubauten zu gewinnen. Die Kunstfreunde trauern der Synagoge von Hildesheim nach, die als altdeutscher Fachwerkbau mit hohem Giebel und den bunten Schildereien der Renaissancezeit in ihrer Art ein Unikum darstellte und als historisches Denkmal nicht zu ersetzen ist. In mehreren Städten wurden vor der Brandstiftung Explosivstoffe in die jüdischen Tempel getragen, um sie gründlicher zu vernichten. Das Schlimmste der Brandstiftung konnte nur in einigen ostpreussischen Städten vermieden werden, die rasch entschlossen die Synagogen auf Abruch lauschten und dafür den beiderseitigen Preis von je 2000 bis 3000 Mark erlegten.

### Presseempfang bei Dr. Goebbels

Auf Freitagvormittag hat Dr. Goebbels die Vertreter der ausländischen Presse auf das Propagandaministerium, offenbar, um den bevorstehenden Eindrud abzumildern, den die Ereignisse in Deutschland in vielen Teilen der Welt hervorgerufen haben. Der Reichsminister, der zugleich Gauleiter von Berlin ist, erklärte die Vorfälle mit der Spontanität der Volkseele, die nationalsozialistisch und antisemitisch eingestellt sei, und bekräftigt, daß irgendeine Organisation im Spiel gewesen sei. Wenn sie und da ein Gegenstand aus den Schranken verschwand, sei, so beschränkte das nicht nur die Behauptung von Veränderungen; auch seien die Juden körperlich kaum geschädigt worden. Dr. Goebbels erklärte dann den Verdacht, Deutschland wolle andere Länder mit dem Antisemitismus anstecken, für unbegründet. Um Verlang seiner Ansprache sagte er aber hinzu, das Beispiel, das Deutschland seit 1933 mit seiner Judenpolitik gegeben, habe Schule gemacht und in jedem Volk seien keine zum Antisemitismus vorhanden. Seiner weiteren Feststellung, das Judenproblem könne nur

auf internationaler Grundlage gelöst werden, fügte er keine Erläuterungen hinzu, so daß die Zuhörer im ungewissen blieben, wie sich die deutsche Regierung eine Regelung vorstelle. Was die gestern angekündigten neuen Strafen betrifft, erwähnte man lediglich, daß neue Gesetze in den nächsten Wochen und Monaten erscheinen sollen.

**Berlin, 11. Nov. (-y-Zel.)** In seinen Ausführungen vor den Vertretern der ausländischen Presse legte Reichspropagandaminister Dr. Goebbels weiter dar, daß die deutsche Regierung beim Fall Gustloff mit allen Kräften einen Ausbruch 'spontaner Volkssturm' verhindert habe. Diesmal sei eine Einschüpfung auf das Volk unmöglich gewesen, da sich die Spitzen der Regierung und Partei in München befinden hätten und er, Dr. Goebbels, nur telefonisch mit Berlin in Verbindung geblieben habe. Es sei nicht wahr, daß die Feuerwehr und die Polizei nicht aktiv eingeschritten seien. Um die Aktionen zu verhindern, hätte es jedoch nach der Ansicht Dr. Goebbels' in Berlin allein über hunderttausend Polizisten bedurft.

Nach unseren eigenen Beobachtungen waren in dem von uns besichtigten Bezirk während der Aktion gegen die jüdischen Geschäfte außer einem einzigen Verkehrsbeamten keinerlei Polizei oder andere Ordnungsmächte in Uniform zu sehen; nach dem Bekanntwerden des Aufrufs des Reichspropagandaministers am Donnerstagsabend erschienen dagegen die durch S.S. verfassten Polizeikräfte in wie aus dem Boden gestampft. Im Übereinstimmung mit den Erklärungen Dr. Goebbels' waren, soweit wir die Vorgänge mit eigenen Augen verfolgen konnten, keine körperlichen Mißhandlungen von Juden festzustellen. Bei den Sachbeschädigungen ist dagegen nach unserer Kenntnis auch das Eigentum von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit nicht verschont worden. I. a. wurde ein Juwelergeschäft, dessen Geschäftsführer schweizerischer Staatsangehöriger ist, demoliert. Dasselbe parolierte an der Lauenburgerstraße eine große Stoffirma, an der ebenfalls ein schweizerischer Staatsbürger beteiligt ist. Dieser wurde festgenommen, aber nach Intervention der diplomatischen Vertretung nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Die Frage der von den Versicherungen zu bedeckenden Schäden ist im Moment noch nicht abgeklärt. Man hört, daß in einigen Fällen die Polizei alle jüdischen Geschäfte angefordert hat, die versicherten Schäden nicht bei den Versicherungsgesellschaften, sondern bei den zuständigen Polizeirevieren anzumelden. Das würde darauf schließen lassen, daß der Schaden von den Behörden geregelt wird, wobei allerdings wohl damit zu rechnen wäre, daß die Juden selbst durch eine Umlage die Beiträge aufzubringen hätte. Die Versicherungsgesellschaften sind vorerst angewiesen worden, einlaufende Schadensanzeigen entgegenzunehmen. Zwischen den zuständigen Wirtschaftsgruppen und den staatlichen Organen schweben Verhandlungen über die treffenden Maßnahmen hinsichtlich der Regulierung von versicherten Schäden. Man nimmt an, daß dieser Fragenkomplex im Rahmen der auch von Dr. Goebbels angekündigten Jubelgebete behandelt werden wird. In diesem Zusammenhang ist schließlich zu bemerken, daß die in jüdischen Geschäften eingezogenen Scheiben in vielen Fällen den Hausbesitzern gehören, so daß in diesem Punkt nicht die Juden, sondern in den meisten Fällen arische Hausbesitzer geschädigt worden sind.

### Zahlreiche Verhaftungen?

**Berlin, 11. Nov. (-y-Zel.)** Zeit gestern nach werden in Berlin und auch in anderen deutschen Städten Verhaftungen von Juden durch die Gestapo vorgenommen. Es handelt sich meist um angesehenen Persönlichkeiten der Judenheit. Der Reichspropagandaminister stellte in seinem Presseempfang die Verhaftungen in Abrede; auf eine spätere Mitteilung wurde jedoch mitgeteilt, es handle sich bei den Verhaftungen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Groß-Sündenregal, die Juden hätten befehlen dürfen. Es wird erklärt, die Juden hätten Waffen zurückgelassen, obwohl ihnen durch den letzten Erlass des Chefs der deutschen Polizei eine Strafe von zwanzig Jahren Schutzhaft angedroht wird.

### Keine Ausweisung der Juden aus München

**Paris, 11. Nov. ag** Der Agentur Havas wird aus München berichtet: Die Weisung an die Juden, München innerhalb 48 Stunden zu verlassen, kamnte von verschiedenen lokalen Parteiorganisationen, wurde aber von der Polizei nicht bekräftigt. Die Parteiorganisationen scheinen die Weisung an die Juden zum Verlassen der Stadt nur ausgegeben zu haben, um die Juden zu erschrecken.

### Konfiskationen in Wien

**Wien, 11. Nov. (Tel. der 'United Press')** Auf Anordnung der Gauleitung haben die nationalsozialistischen Parteimitglieder in Wien begonnen, in noch nicht arisierten jüdischen Läden die Waren zu beschlagnahmen. Von maßgebender Seite wurde der 'United Press' erklärt: 'Insoweit, wie haben damit angefangen, die Waren in jüdischen Geschäften in unsere Reich zu nehmen; dem früher aber später werden sie so noch auf irgend eine Weise eingesetzt werden, um wenigstens einen Teil des Schadens wieder gutzumachen, den die Juden dem deutschen Volk zugefügt haben.' Die Unterorganisationen der Partei sind angewiesen worden, die beschlagnahmten Waren in Verwahrung zu nehmen, bis weitere Anweisungen erteilt werden.

Die langen Reihen von Juden, die sonst immer vor den ausländischen Konsulaten zu sehen waren, sind fast völlig verschwunden. In seit den Morgenstunden viele männliche Juden auf der Straße verhaftet wurden, haben die Frauen es offenbar auch vorgezogen, sich nicht auf der Straße sehen zu lassen.

### Die Zerstörung der Synagogen

**Dienstag, 11. Nov. 7** Die Synagoge des deutschen Grenzortes Wangen ist am Donnerstag

## Die Frage staatsgefährlicher Umtriebe vor dem Nationalrat

### Das Postulat Feldmann — Rede Bundespräsident Baumanns

**Bern, 11. Nov. \*** Nur langsam fassen sich die Ratskammer zu den Nachmittags-Sitzungen. Die Redelegung beginnt im Nationalrat mit 50, im Ständerat mit 20 Zuhörern; langsam verbessert sich die Besetzung. Beide Kammern sehen das vorwichtigste Thema fort. Der Nationalrat steht bei der Arbeitsbeschaffung und entscheidet sich zur Ergründung des Postens für Bodenverbesserungen von 15 auf 18 1/2 Millionen Franken. Die letzte Ausgabengruppe gibt der Förderung von Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr. Auch hier willigt der Rat mehrheitlich in einen Aufschlag zu der vorgezeichneten Kreditsumme ein; er geht von 20 auf 25 Millionen Fr.

Sobald der Ständerat den Bundespräsidenten frei gibt, unterbricht der Nationalratspräsident die Behandlung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Vorstand des Sessionsausschusses soll vorerst noch der Behandlung der Interpellationen und Postulate über nationalsozialistische und andere staatsgefährliche Organisationen gewidmet sein.

An die Spitze der Redner stellt sich ein Nationalmitglied, das sehr wenig qualifiziert ist, von Gefährdung der Sicherheit der Eidgenossenschaft und von Forderung der Arbeit zu sprechen, der Kaiser Sozialist und frühere Kommunist Schneider. Der zweite Interpellant Hubert St. Gallen war es, der bisher mit juristischen Waffen alle durchgeführten Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit und Ordnung bekräftigt und sich für volle Bewegungsfreiheit der kommunikativen Organisationen einsetzte. Jetzt macht er sich zum Vorkämpfer der Mindermeinung gegen die Untätigkeit der Bundesbehörden, soweit es sich um die Antipoden des Kommunismus handelt. Schade, daß Herr Huber über die Aufgaben der Polizei gegen politische Verhetzung früher genau gegenteilige Ansichten vertrat.

Der dritte Redner endlich, Dr. Feldmann, darf sich in Anspruch nehmen, mit politischer Unbefangenheit und frei von Antifaschismus in volkstümlicher Sprache die Dinge an den rechten Platz zu stellen. Gegen jede Art landeseigener Umtriebe wendet sich sein Postulat, gegen alle politischen Organisationen, welche unter ausländischen Einfluß die äußere Sicherheit und die innere Ordnung des Landes gefährden. Das Postulat trägt die hohe Bedeutung und vordringlichen Ausführungen, wendet sich Dr. Feldmann den Organisationen zur Linken wie zur Rechten zu, um die Staatsgefährlichkeit sowohl der kommunistischen wie der nationalsozialistischen Organisationen nachzuweisen. Von seiner Seite lassen wir uns das Wort verschanden und verunglimpfen. Mit Verachtung muß das Land vor landeseigener Umtriebe vermehrt Schutz erhalten.

In vorgezweiter Stunde ergreift Bundespräsident Baumann das Wort. Was sein Vordereiter in temperamentvollen Ausführungen darlegt, wiederholt der Chef des Justiz- und Polizeidepartements mehr im Ton ruhiger rechtlicher Abwägung der einschlägigen Verfassungssätze und der verschiedenen bundesbehördlichen Erlasse. Einzelheiten über die getriggerte Aktion der Bundespolizei können nicht mitgeteilt werden. Dagegen wird ein neuer Erlass abgefordert, der den jüngsten Erscheinungen und Umtrieben der politischen Organisationen Rechnung trägt. Das Postulat Feldmann nimmt der Bundesrat an.

durch uniformierte Nationalsozialisten in die Luft gesprengt worden. In Gaiingen wurden die Juden gezwungen, der Zerstörung ihrer Synagoge beizuhelfen. Eine Anzahl von Juden wurden in Schutzhaft genommen. Die Grenze wird deutscherseits noch härter besetzt.

### Die Lage der ausländischen Juden

**London, 11. Nov. ag** (Havas) In englischen diplomatischen Kreisen verlautet, daß der britische Geschäftsträger in Berlin am Donnerstagsabend auf dem auswärtigen Amt in Berlin eine Besprechung über den Schutz der englischen Juden in Deutschland hatte.

**Genf, 11. Nov. ag** Das Exekutivkomitee des Jüdischen Weltkongresses protestiert in einer Erklärung gegen die neue antisemitische Welle in Deutschland und schreibt:

Das Komitee bedauert tief das von einem jungen polnischen Juden gegen ein Mitglied der deutschen Volkshilfe in Paris begangene Attentat und erklärt, daß die wahren Schuldigen diejenigen sind, die nicht aufhören, die Macht vor das Recht, die Gewalt vor die Gerechtigkeit und den Haß vor die Nächstenliebe zu stellen.

### Verhandlungsbericht

f. Bern, 11. November

### Landesverteilung und Arbeitsbeschaffung

Die Detailberatung des Bundesbeschlusses, der die Arbeitsbeschaffung festsetzt, wird weitergeführt. Die Beschlüsse sind unter der Leitung von Müller (Soz., Neuchâtel), die Beratung steht beim Abschlusssitzung. In der Vorbereitungsphase war noch von Müller (Sozialdemokraten) ein Änderungsantrag begründet worden, wonach der Gesamtkredit von 15 auf 18 1/2 Millionen Fr. erhöht werden sollte. Ein Antrag Schärer will von den für Bodenverbesserungen nachgedachten 7 1/2 Millionen Fr. einen Betrag von einer Million abgeben für Meliorationen in der Albenebene und Zubehöranlagen der Erziehung einer Jüdischen. Held (Soz., Bern) empfiehlt den höheren Kredit zur Annahme. Damit sollen die durch das Finanznotrecht vorgenommenen Kürzungen wettgemacht werden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Kredite nicht genügen.

Bundesrat Oberst tritt diesen Anträgen entgegen. Die Kreditgewährung für diese Gegenstände ist in Bundesgesetz geregelt. Wenn demnach in dieser Vorlage ein Kredit fixiert, so dient er dazu, zurückerlegte Gewinne erlösen zu können. Für diese gegen die nachgehende Kredit. Nach einem Antrag Huber, der in Abwechslung des Ausschusses durch Zuerst in Bern (Soz., Freiburg) begründet wird, sollen die beiden Verhältnisse in den Gebirgsregionen berücksichtigt werden. Grafenfelder (Soz., St. Gallen) empfiehlt den Änderungsantrag zur Annahme. Derselben Huber (Soz., Zürich), der die große Bedeutung hervorhebt, die den Bodenverbesserungen für die Arbeitsbeschaffung zukommt. Baumgartner (Soz., Genève) unterstützt den Antrag Cuatrecasas.

In der Abstimmung wird mit 77 gegen 24 Stimmen der Bundesbeschluss angenommen. Die Beschlüsse sind, womit der Kredit um 5 1/2 Millionen Fr. erhöht ist. Schärer wendet keinen Antrag in ein Postulat um, das unbestritten bleibt. Der Antrag Cuatrecasas wird mit 41 gegen 26 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen angenommen.

Weitere Kredite, zu denen Änderungsanträge vorliegen, betreffen Exportförderung und Fremdenverkehr. Huber (Soz., Zürich) will mit einer Kommissionsuntersuchung den Kredit für Exportförderung von 20 auf 30 Millionen Fr. erhöhen. Die Textilindustrie und andere Exportgruppen sind im Rückgang begriffen. Jüngere Exportkanten sind namentlich in der Ausbildung der jungen Arbeitskräfte weiter als wir. Dabei fürchten wir die Kredite für die E. T. H. und ähnliche Anstalten. Hier muß Verleumdung nachgelassen werden, sollte die Exportförderungsüberprüfung ausgebaut werden. Grafenfelder (Soz., Bern) geht mit diesen Ausführungen durchsamt ein, will aber diesen Kredit statt um 10 um 5 1/2 Millionen erhöhen. Auch dort, wo Selbsthilfe und Privatinitiative plausibel sind, darf sich der Staat nicht distanzieren. Bessere Exportförderung ist not. Die Exporterlöse sollen nicht auf die Möglichkeit der Exportförderung durch Selbsthilfemaßnahmen ausgeführt. Der Antrag auf veränderte Punkte auf, wie in Exporterlösen etwa besprochen werden und denen noch mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Darüber hinaus sind aber noch staatliche Maßnahmen nötig, u. a. die Entsendung von Studienmissionen ins Ausland, Subventionen (unim., Bern) unterstützen ebenfalls die Bedeutung des Exports. Jede Hilfe auf diesem Gebiet ist produktiv. Dagegen ist es schwer, das Ausmaß der wirtschaftlichen Arbeit durch Unterfütterung der Binnenwirtschaft festzustellen.

In eventueller Abstimmung entscheidet sich der Rat mit 49 gegen 47 Stimmen für den Antrag Grafenfelder (25 Millionen), entgegen dem Antrag der Kom-